

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 6. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. Oktober 2012, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Wolfgang Baasch (SPD)

i.V. von Jürgen Weber

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. INTERREG-IV-b-Projekt „Best Ager“ - Auswertung und Schlussfolgerungen</b>	<b>4</b>
<b>2. Nachbereitung der Informationsreise nach Brüssel</b>	<b>6</b>
<b>3. Benennung eines/einer Ständigen Vertreters/in des Europaausschusses für das DialogForumNorden (DFN)</b>	<b>7</b>
<b>4. Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (KOM(2012) 511) und Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde) hinsichtlich ihrer Wechselwirkungen mit der Verordnung (EU) Nr. .../... des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (KOM(2012) 512) - Weiteres Vorgehen</b>	<b>8</b>
<b>5. Bericht der Europaministerin über die Jahrestagung der BSSSC in Lilleström</b>	<b>11</b>
<b>6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>12</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten des SSW sowie der Fraktionen von PIRATEN und FDP <a href="#">Drucksache 18/93</a> (neu) - 2. Fassung	
<b>7. Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg</b>	<b>13</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/178</a>	
<b>8. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität</b>	<b>14</b>
<b>9. Bundesratsangelegenheiten</b>	<b>15</b>
<b>10. Terminänderung der Sitzung am 5. Dezember 2012</b>	<b>16</b>
<b>11. Terminplanung des Europaausschusses für das Jahr 2013</b>	<b>17</b>
<b>12. Verschiedenes</b>	<b>18</b>

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **INTERREG-IV-b-Projekt „Best Ager“ - Auswertung und Schlussfolgerungen**

Herr Siemen und Herr Meixner von der Firma REM Consult tragen die Schwerpunkte der in Anlage 1 dieser Niederschrift angehängten PowerPoint-Präsentation vor. Herr Siemen weist auf die Abschlusskonferenz am 21. November 2012 in Kiel und auf das geplante Anschlussprojekt ab Dezember 2012 hin, auf dessen Genehmigung man hinarbeite.

Der Vorsitzende unterstreicht die aus seiner Sicht hohe Bedeutung der regionalen Verankerung, die auch in der Darstellung des Projekts angeklungen sei. Auf regionaler Ebene könnten auch die jeweiligen Abgeordneten das Bewusstsein für das Thema schärfen und das Thema insgesamt auf regionaler Ebene kommunizieren. Auch solle sich der zuständige Wirtschaftsausschuss seiner Ansicht nach dieses Themas annehmen.

Auf eine Frage der Abg. Poersch, ob die befragten Unternehmen Unterstützung vonseiten der Industrie- und Handelskammern erhalten hätten, um auch den zeitlichen Planungshorizont auf mehr als zwei Jahre zu erweitern, führt Herr Meixner aus, dass man in vielen Fällen in den Unternehmen keine Unterstützung durch die Kammern erfahren habe. Problematisch sei jedoch auch, dass viele kleine Unternehmen nicht wüssten, ob das Unternehmen in den folgenden Jahren noch Bestand habe.

Abg. Baasch interessiert, ob im Rahmen der Befragung auch die Beschäftigten zu Wort gekommen seien, ob man Kontakt mit den Gewerkschaften aufgenommen habe und ob neben privaten Wirtschaftsunternehmen auch Unternehmen des öffentlichen Dienstes, Zweckverbände und ähnliche befragt worden seien. - Herr Meixner führt dazu aus, dass auch Beschäftigte im Rahmen einer von der Universität Göteborg durchgeführten Interviewstudie befragt worden seien. Wie bei den in Pinneberg durchgeführten Befragungen sei aber auch dort eine Repräsentativität nicht zu gewährleisten gewesen. Eindeutig sei jedoch das Ergebnis gewesen, dass von den Beschäftigten selbst Alter und Arbeits- beziehungsweise Erwerbslosigkeit als größte einstellungsbezogene Diskriminierungsfaktoren berichtet würden. Im Rahmen der Untersuchungen sei auch der Versuch unternommen worden, mit den Gewerkschaften in Kontakt

zu treten, was jedoch in den meisten Fällen erfolglos geblieben sei. Man habe zudem auch Kontakt zu Unternehmen aus dem öffentlichen Dienst aufgenommen, die Fallzahlen seien jedoch zu gering gewesen, um gesicherte Aussagen zu diesem Bereich allein machen zu können.

Der Vorsitzende regt an, dass die Abgeordneten sich jeweils in ihren eigenen Regionen für das Thema einsetzen könnten, und bittet die Vortragenden darum, den Ausschuss auf dem Laufenden zu halten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Nachbereitung der Informationsreise nach Brüssel**

Der Vorsitzende bedankt sich für eine informative und gut organisierte Reise, die die Möglichkeit zu vielen Gesprächen und intensiven Einblicken gegeben habe. Positiv zu bewerten sei, dass man auch die neuesten Informationen zum Thema Einlagensicherung und Bankenaufsicht habe erhalten können.

Abg. Poersch regt an, einen regelmäßigen Austausch mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und dem Europausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags zu initiieren. Wünschenswert sei auch - das habe man am Beispiel Bayern gesehen -, wenn der Landtag eine eigene Zuarbeit aus Brüssel bekommen könne.

Der Vorsitzende regt an, dass sich die Fraktionen intern über mögliche Termine zum Austausch mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus Norddeutschland verständigen sollten, und kündigt an, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Europausschusses zu setzen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Benennung eines/einer Ständigen Vertreters/in des Europaausschusses für  
das DialogForumNorden (DFN)**

Auf Vorschlag der Abg. Poersch wird Abg. Pauls einstimmig zur Ständigen Vertreterin des Europaausschusses im DialogForumNorden benannt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (KOM(2012) 511) und Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde) hinsichtlich ihrer Wechselwirkungen mit der Verordnung (EU) Nr. .../... des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (KOM(2012) 512) - Weiteres Vorgehen**

[Umdrucke 18/139](#), [18/140](#), [Umdruck 18/164](#) (vertraulich), [18/248](#)

Herr Wollny, Leiter des Referats Bank- und Kreditwesen, Versicherungsaufsicht und Wettbewerbsrecht im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, weist auf das Schreiben seines Ministeriums in Bezug auf die Europäische Bankenaufsicht hin ([Umdruck 18/248](#)). Allerdings sei durch die rasante Entwicklung in diesem Bereich vieles schon überholt. Mittlerweile seien zahlreiche weitere Anträge für die Bundesratssitzung am 2. November 2012 eingegangen. Die Regierungschefs der Länder hätten sich mittlerweile auf ein Vorgehen verständigt, die Bundeskanzlerin habe sich in der Presse dahin gehend geäußert, dass Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen müsse. Man habe sich auf einen Etappenplan geeinigt, der vorsehe, zunächst den rechtlichen Rahmen für eine mögliche Europäische Bankenaufsicht festzulegen, vor allem auch vor dem Hintergrund der aufgeworfenen Rechtsfragen und der Rechtsbedenken der Legal Services der Europäischen Kommission. Diese betreffen unter anderem die Abgrenzung zwischen der Bankenaufsicht und den übrigen Bereichen der Europäischen Zentralbank. Neben den komplexen Rechtsfragen gebe es auch unterschiedliche Auffassungen zwischen den Regierungschefs im Hinblick auf die Geschwindigkeit der Umsetzung. Wahrscheinlich halte man vonseiten der Europäischen Kommission wohl nicht mehr an dem Plan fest, alle 6.000 Kreditinstitute der Aufsicht der Europäischen Zentralbank zu unterstellen, sondern kleinere Institute in der Aufsicht der nationalen Behörden zu belassen. Die Legal Services hätten darauf hingewiesen, dass man innerhalb der EZB eine Aufsichtsbehörde nur mit beratender Funktion einrichten könne, weil anderenfalls zunächst die Europäischen Verträge in dieser Hinsicht geändert werden müssten. Das Problem bestehe momentan darin, dass der EZB-Rat auch für die Geldwertstabilität zuständig sei und so in einen Konflikt geraten könne. Eine ähnliche Frage habe es auch auf nationaler Ebene in Deutschland gegeben.



Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema weiter zu beobachten und beim Vorliegen neuer Entwicklungen erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Auf eine Frage des Abg. Voß zur Beratung in den Bundsratsausschüssen führt Herr Wollny aus, dass diese im Europaausschuss, im Wirtschaftsausschuss und im Finanzausschuss des Bundesrates stattgefunden habe. Es herrsche auch große Einigkeit zwischen den Ländern im Hinblick auf die zu erwartenden Abstimmungen. Schleswig-Holstein selbst habe keinen Antrag eingereicht. Ebenfalls behandelt worden sei die Frage, wie die Bankenaufsicht auf nationaler Ebene innerhalb Deutschlands geregelt werden solle. Insgesamt müsse man abwarten, wie sich die Gesamtentwicklung darstelle, das sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar. Herr Wollny weist auch auf die Bedenken des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages hin (vertraulicher [Umdruck 18/164](#)).

Abg. Andresen interessiert, wie die Landesregierung die Chance einschätze, dass es Diskussionen zwischen Bundesrat und Bundesregierung im Hinblick auf die geplanten Regelungen gebe. - Herr Wollny weist auf die sich schnell ändernde Materie hin. Dadurch könne man jetzt schwer Vorhersagen treffen, wie sich die Dinge entwickelten. Es sei zudem nicht klar, ob überhaupt die EZB oder eine andere Aufsichtsbehörde für eine etwaige Bankenaufsicht zuständig sein solle. Die Länder seien gut beraten, Prüfbitten und Bedenken zu äußern und den weiteren Verlauf abzuwarten.

Abg. Wiegard weist darauf hin, dass die vorgebrachten Bedenken ernst zu nehmen gewesen seien, da in allen Bereichen Veränderungen vorgenommen würden.

Auf eine Frage des Abg. Voß zur Ansiedlung der Bankenaufsicht bei der European Banking Authority (EBA) und zur Trennung zwischen großen und kleinen beziehungsweise systemrelevanten und nicht systemrelevanten Banken führt Herr Wollny aus, dass diese beiden Themen sehr komplex seien. Neben der Ansiedlung in der EBA sei auch denkbar, die Bankenaufsicht in der EZB zu verankern, auch dort gebe es einen europäischen Ausschuss für Systemrisiken. Weitere Möglichkeiten der Ansiedlung würden zurzeit diskutiert. Im Hinblick auf die Systemrelevanz unterstreicht Herr Wollny, dass besonders die internationalen Banken einen Großteil des Risikos verursacht hätten, während Sparkassen und Raiffeisenbanken sich bewährt hätten. Da diese auch über ihr eigenes Sicherungssystem verfügten, sei eine internationale Systemrelevanz bei diesen Geldinstituten schwer vorstellbar. In anderen Ländern herrsche eine andere Situation vor; aus diesem Grund könne es sinnvoll sein, dort ein Durchgriffsrecht einer europäischen Bankenaufsicht zu installieren. Es werde zurzeit ein sogenanntes Single Rule Book entwickelt, das zum Ziel habe, dass alle nationalen Aufsichtsbehörden einheitlich vorgehen. Insgesamt würden die von der Bundesrepublik Deutschland angespro-

chenen Punkte im Diskussionsprozess aufgegriffen, und auf europäischer Ebene sei man bereit, auf die Wünsche einzugehen. Ein generelles Durchgriffsrecht mache aus Sicht der Landesregierung insgesamt schon Sinn. Schwierig sei bisher weiterhin der Umgang mit Ländern, die außerhalb der Eurozone lägen. Dieses Problem sei bisher noch ungelöst.

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt beim Vorliegen neuer Informationen erneut zu beraten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht der Europaministerin über die Jahrestagung der BSSSC in Lilleström**

M Spoorendonk führt in die Thematik ein. Die Jahrestagung sei eine Programmkonferenz des EU-Ostseeprogramms gewesen, die vom 18. bis 20. September 2012 in Lilleström in Norwegen stattgefunden habe. Ein thematischer Schwerpunkt der Konferenz hätten grüne Innovationen für die Bereich Energie und Wasser gebildet.

Auf Bitten des Ausschusses sagt M Spoorendonk zu, die von ihr selbst im Rahmen der Konferenz gehaltene Rede dem Ausschuss im Wortlaut zur Verfügung zu stellen (siehe Anlage 2 zu dieser Niederschrift). Die in der Rede thematisierten Energiefragen seien für Schleswig-Holstein und Deutschland ebenso wie für die Europäische Union von ungebrochener Wichtigkeit. Die Abschlussresolution der Konferenz widme sich neben der Energie auch Themen der Ostseestrategie, der Kohäsionspolitik und dem Meeresschutz. Die nächste Konferenz werde voraussichtlich in Helsinki stattfinden.

Abg. Waldinger-Thiering regt an, dass die Europaministerin in der kommenden Europaausschusssitzung über die Arbeit der Nordseekommission berichten solle. - Der Ausschuss kommt überein, einen entsprechenden Bericht auf die Tagesordnung zu nehmen. M Spoorendonk weist auf die in der letzten Legislaturperiode durchgeführte Anhörung zur Nordseekooperation hin.

Auf eine Frage der Abg. Damerow sagt M Spoorendonk zu, den Europabericht im Dezember vorzulegen.

Auf eine Frage des Abg. Voß zu den Schwerpunkten des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission aus Sicht des Landes Schleswig-Holstein sagt M Spoorendonk zu, dem Ausschuss diese mitzuteilen ([Umdruck 18/428](#)). In dem Zusammenhang weist sie auf die in naher Zukunft stattfindende Europaministerkonferenz in Potsdam hin.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten des SSW sowie der Fraktionen von PIRATEN und FDP  
[Drucksache 18/93](#) (neu) - 2. Fassung

(überwiesen am 23. August 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

Abg. Damerow weist darauf hin, dass in ihrer Fraktion die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei und sich aus diesem Grund die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW bei Enthaltung der Fraktion der CDU empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Gesetzentwurf [Drucksache 18/93](#) (neu) - 2. Fassung - dem Landtag zur Änderung und zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/178](#)

(überwiesen am 28. September 2012 an den **Europaausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Vorsitzende regt an, die Beratung dann fortzusetzen, wenn feststehe, welcher Ausschuss in Hamburg für die Kooperation zwischen der Hansestadt und Schleswig-Holstein zuständig sei, um ein gezieltes Gespräch mit den Hamburger Kollegen zu suchen.

Abg. Dr. Klug regt an, zu dem Thema eine schriftliche und gegebenenfalls auch eine mündliche Anhörung durchzuführen. - Abg. Poersch regt an zunächst in den Dialog mit Hamburg zu treten, bevor man eine Anhörung durchführe.

Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/230](#)

Der Ausschuss nimmt die Liste der Frühwarndokumente zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bundesratsangelegenheiten**

[Umdrucke 18/258, 18/371](#)

Abg. Wiegard stellt im Zusammenhang mit der Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Beherbergungsleistungen einige Fragen an die Landesregierung, deren Beantwortung schriftlich erfolgt ([Umdruck 18/362](#)).

Der Vorsitzende bittet die Landesregierung, sicherzustellen, dass jemand von der Staatskanzlei für Nachfragen während der Sitzung zur Verfügung stehe.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Terminänderung der Sitzung am 5. Dezember 2012**

Der Ausschuss beschließt, die für den 5. Dezember 2012 geplante Sitzung entfallen zu lassen.



Punkt 11 der Tagesordnung:

**Terminplanung des Europaausschusses für das Jahr 2013**

[Umdruck 18/231](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss die Terminplanung für das Jahr 2013, [Umdruck 18/231](#).

Abg. Beer regt an, als Europaausschuss im Rahmen der Europawoche aktiv zu werden. Der Vorsitzende schlägt vor, diesbezüglich auch mit dem Landtagspräsidenten zusammenzuarbeiten.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende weist auf die von den Europaschulen geplante Podiumsdiskussion am 4. Dezember 2012 hin, zu der die Abgeordneten herzlich eingeladen seien.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:35 Uhr.

gez. Peter Lehnert  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer